



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 0 886 890

F/XI/199 - 30. August 1956

Hinweise
auf den Inhalt:

Die verschärfte Situation zwischen Bonn und Moskau	S. 4
Kasernenräucherung - ein böses Exempel	S. 5

Die Gefahren der Eile

von Wilhelm Kellies,

stellvertr. Vorsitzender der SPD

Die Menschen, die sich um die Zukunft der demokratischen Entwicklung in der Bundesrepublik Sorge machen, werden in den nächsten Monaten und vielleicht Jahren ihr besonderes Augenmerk auf die Gefahren richten müssen, die mit der schnellen Aufrüstung in der Bundesrepublik verbunden sind. Es ist eine bekannte Tatsache, dass aus der Geschichte eines Volkes wenig Lehren gezogen werden und dass gerade im politischen Bereich das Gedächtnis manches Mal sehr kurz ist. Als die ersten Erörterungen über die Aufstellung von Streitkräften in der Bundesrepublik in dem zuständigen Ausschuss des Parlaments und in der Öffentlichkeit begannen, waren sich alle Verantwortlichen ohne Unterschied der Parteien darüber klar, dass man hier sehr behutsam und sorgfältig vorgehen müsse. Immer wieder wurde auf die Schwierigkeiten und Fehler hingewiesen, die bei der schnellen Aufrüstung unter den Nationalsozialisten vorgekommen sind.

Heute ist das alles vergessen. Die Vorstellung des Bundeskanzlers ist, dass möglichst schnell auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht 500 000 Mann Soldaten in der Bundesrepublik aufgestellt werden müssen. Offenbar haben die Anhänger des Kanzlers, die vor Jahren -2-

mit den bewegtesten Worten zur Vorsicht mahnten, inzwischen alle Bedenken beiseite geschoben. Sie wollen den Willen des Kanzlers erfüllen, gleichgültig, welche Folgen für die Bundeswehr und die gesamte politische Entwicklung dadurch entstehen.

Hier kann nur Schlimmes verhütet werden, wenn sich diejenigen, die auch heute noch die gleichen berechtigten Sorgen haben, zu dauernden Kritikern der Mißstände machen, die sich schon jetzt zeigen und in Zukunft wahrscheinlich immer deutlicher zutage treten werden. Das ist keine angenehme Aufgabe, aber niemand darf vor ihr zurückschrecken, wenn er vor seinem Gewissen bestehen will.

Die Bundesregierung verweist darauf, dass in der Aufrüstung schon während der letzten Jahre viel Zeit versäumt worden sei. Nun, es ist nicht Schuld der Opposition, wenn man jahrelang um die Europäische Verteidigungsgemeinschaft kämpfte, obwohl man bei sorgfältiger Analyse schon lange vor ihrem Scheitern hätte feststellen müssen, dass sich im französischen Parlament dafür keine Mehrheit finden werde. Für diesen Zeitverlust sind diejenigen allein verantwortlich, die ein solches Projekt durchziehen wollten, obwohl es bei der europäischen Situation nicht zu verwirklichen war. Die gemachten Fehler berechtigen aber keinesfalls, heute die früheren Überlegungen rigoros beiseite zu schieben und nur darauf zu drängen, dass man möglichst schnell das Soll von 500.000 Mann erfüllt.

Personalauswahl unter Zeitdruck

Diese Eile bedingt einmal, dass man in der Personalauswahl nicht so sorgfältig verfahren kann, wie das erforderlich wäre. Man muss im grossen und ganzen nehmen, was sich anbietet. Darunter werden viele sein, die noch den Vorstellungen von 1936 verhaftet sind; bei manchem wird es sogar noch weiter zurückgehen. Das bedeutet aber, dass von dem notwendigen modernen Geist in der Bundeswehr nicht allzu viel zu spüren sein wird.

Vorgesehene Lehrgänge zur Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere mussten schon erheblich verkürzt werden. Während man sich früher viel Gedanken darüber machte, dass gerade diese ersten Schritte langsam und behutsam gemacht werden müssten, wird nun unter dem Zeitdruck offenbar verhältnismässig wenig für die Erfordernisse der Gegenwart getan werden können.

Das wird sich dann in der Ausbildung der Truppe ebenfalls bemerk-

ber machen. Niemand zweifelte bisher daran, dass der alte Kasernenhofdrill nicht wiederkehren dürfe und dass das Hauptgewicht auf die Geländeausbildung der Soldaten gelegt werden müsse. Nur bedingt gerade der Geländedienst eine sehr sorgfältige Ausbildung der Offiziere und Unteroffiziere, vor allen Dingen wenn man bedenkt, dass der Atomkrieg ganz neue Anforderungen an die Truppe und vor allen Dingen an den einzelnen Mann stellt. Nur Offiziere und Unteroffiziere, die zunächst selbst auf diesem Gebiet eine vollkommene Ausbildung erhalten haben, können das nachher an die Soldaten weitergeben.

Aber wie soll das in der kurzen Zeit möglich sein? Die Vorgesetzten die sich der Geländedienst nicht voll und ganz gewachsen fühlen, werden immer wieder in Versuchung kommen, den reinen Exerzierdienst stärker in den Vordergrund zu schieben. Es ist bekanntlich viel leichter und einfacher, stundenlang auf dem Kasernenhof Griffe kloppen und Kehrtwendungen machen zu lassen, als mit der Truppe im Gelände zu sein. Weil sich so viel vom alten Geist in der Bundeswehr bemerkbar machen wird, taucht gleichzeitig die Gefahr auf, dass die Truppe in erster Linie beurteilt wird nach der Brakheit des äusseren Auftretens und nicht nach den Leistungen im Geländedienst. Die Übernahme der Tausende von Bundesgrenzschutz-Angehörigen wird diese Tendenz verstärken; denn bekanntlich war bei der Ausbildung im Bundesgrenzschutz vom modernen Geist nicht sehr viel zu spüren.

Blank-Kritik mit falschem Vorzeichen

Um bei diesen Schwierigkeiten nichts auszulassen, wird aus den Reihen der CDU/CSU heute frisch-fröhlich erklärt, dass der jetzige Verteidigungsminister, wenn nach der Bundestagswahl 1957 wieder ein CDU-Kabinett gebildet würde, seinen Posten verlassen müsse. Durch diese Darlegungen wird die Autorität des Ministers in ausserordentlich starkem Masse geschwächt; denn jeder wird sich bereits auf den mutmasslichen Nachfolger einstellen. In der parlamentarischen Demokratie muss die entsprechende Fraktion oder die Regierungskoalition, solange der Minister im Amt belassen wird, hinter ihm stehen. Wenn eine Auswechslung notwendig ist, sollte das nicht in der Koalition selbst lange vorher erörtert werden, sondern muss möglichst schnell erfolgen, sonst verliert das Parlament in starker Masse an Einfluss auf die Gestaltung der Dinge. Das gilt besonders in starker Masse bei der schwierigen und wichtigen Stellung des Verteidigungsministers.

Das ist keine Stellungnahme für den Minister B l a n k. Er hat durch sein Verhalten in den letzten Monaten auch seinen wohlwollendsten Beurteilern in der eigenen Fraktion seine Verteidigung ungemein schwer gemacht. Aber wenn man heute erkennt, dass er sich - wie es so schön hiess - "im Dienste des Vaterlandes vorsetzt hat", dann muss man daraus eben möglichst bald, und nicht erst nach einem Jahr, die Folgerungen ziehen oder aber solche Reden sollten unterbleiben.

Die Art, in der beim Aufbau der Bundeswehr verfahren wird - eine für die Aussen- und Innenpolitik der Bundesrepublik und das gesamte Deutschland entscheidende Frage - ist ein Trauerspiel. Aber diejenigen, die wissen, dass die parlamentarische Demokratie der einzige politische Weg für Deutschlands Zukunft ist, dürfen hier nicht verzagen, sondern es gilt für sie, die alte demokratische Tugend der Wachsamkeit in einem besonderen Masse zu üben.

Unter dem Nullpunkt

sp. Zwei Erklärungen des gestrigen Tages haben wiederum bestätigt, dass die Beziehungen der Bundesrepublik zur Sowjetunion, die doch erklärtermaßen von der Bundesregierung aufgenommen worden sind, um die Wiedervereinigung voranzutreiben, unter dem Gefrierpunkt angelangt sind. Es sind das einmal der Protest der Kommunistischen Partei der Sowjetunion gegen das Verbot der KP, zum anderen die Ausführungen von Ulbricht in der sowjetischen Volkskammer.

Zwar ist der Protest gegen das KP-Verbot von der Staatspartei und nicht von der offiziellen Staatsführung ausgegangen. Aber es ist klar, dass in der Sowjetunion die Partei der Staat und der Staat die Partei ist. Es wäre auch nicht richtig, den drohenden Ton dieser Erklärung, nun sei in der Frage der Wiedervereinigung so gut wie gar nichts mehr zu tun, zu überschätzen. Wenn sich eines Tages ernsthafte Aussichten für die Wiedervereinigung ergeben sollten, dann wird es immer noch möglich sein, das politisch törichte Verbot wieder rückgängig zu machen, worauf ja sogar in der Begründung des Verbots hingewiesen worden ist.

Aber man sollte nicht übersehen, dass die Erklärung der KPdSU nur ein Glied in einer langen Kette ist. Und wenn man den Leidensweg der diplomatischen Beziehungen im Zusammenhang mit der Wiedervereinigungsfrage verfolgt, dann muss man leider der eigenen Regierung ein gerüttelt Maß Mitschuld daran geben, dass diese Beziehungen eingefroren sind. Rückschauend kommt man sogar zu dem Schluss, dass die Bundesregierung alles getan hat, um die aufgenommenen diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion - nicht zuletzt wegen des Vertrauensschocks gegenüber den Westmächten, denen man vor den Moskauer Vereinbarungen versicherte, es werde nicht dazu kommen -, sofort wieder abzuwerten. Es fing mit der ungebührlichen Verzögerung der Entsendung eines Botschafters an, es führte über die trübsinnige Behandlung, die man Scrin widerfahren liess zu der Weigerung, handelspolitische Verhandlungen aufzunehmen, die man zugesagt hatte.

So ist es kein Wunder, dass beiderseitige, entsprechend der allgemeinen Stimmung scharfe Noten über die jeweilige Rückführung von Staatsangehörigen der diplomatischen Beziehungen von vornherein mehr oder weniger aussichtslos sind. Gerade in einer solchen Situation aber ist die Erklärung der sowjetischen KP nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, und vielleicht hat Ulbricht, als er sagte, dass mit der Regierung Adenauer über die Frage der Wiedervereinigung nicht zu reden ist, das ausgesprochen, was die Sowjets denken, aber offiziell als Staat noch nicht sagen wollen. Niemand wird in der Bundesrepublik über eine solche Entwicklung triumphieren und sich etwa nun als derjenige anbieten, "mit dem zu reden wäre". Es bleibt aber der schwerwiegende Vorwurf an die eigene Regierung, dass sie zu einem grossen Teil durch Handlungen oder Unterlassungen es zu dieser Situation hat kommen lassen.

Die politische Forderung der Opposition geht deshalb dahin, die diplomatischen Beziehungen nur tatsächlich zu normalisieren. Das könnte auf die verschiedenste Weise geschehen. Die Zahl der Möglichkeiten ergibt sich aus dem Umfang der bisherigen Versäumnisse.

Das Wort Schleswig-Holsteins gilt nichts in Bonn

Von Reinhold Rehs, MdB.

Es sind keine Michael-Kohlhaas-Naturen, die Inhaber der Betriebe und Firmen, denen die Werk- und Geschäftsräume in den ehemaligen Wehrmachtsliegenschaften in Schleswig-Holstein gekündigt worden sind und die sich unlängst in Neunkünster zu einer "Interessengemeinschaft der Kasernenverdrängten Betriebe" zusammengeschlossen haben. Sie haben allen Grund, über das Bundesfinanzministerium und die Bundesregierung enttäuscht und empört zu sein. Es ist begreiflich, dass sie sich angesichts der neuen Richtlinien des Bundesfinanzministeriums zu dieser Frage (vom 25.6.d.J.) und in der Sorge über die dadurch geschaffene Lage zusammen tun.

Für den Ministerpräsidenten von Hassel, die Landesregierung und die Koalitionsparteien im Landtag (CDU, BHE und FVP) sind diese neuen Richtlinien, die im Anschreiben als "endgültig" bezeichnet werden, ein Schlag ins Gesicht. Mit unverküllter Nichtachtung wird darin über die mehrfachen Regierungserklärungen und die vernichtende Kritik hinweggegangen, die von allen Fraktionen im Landtag an dem Kündigungsvorgehen und dem ersten, vorläufigen Entwurf der Richtlinien (v. 12.3.d.J.) geübt worden ist. Von dem seitens des Landes hierzu gemachten Gegenentwurf (vom 25.4.56) und seinen entscheidenden Vorschlägen wird überhaupt nicht Notiz genommen.

Das Wort Schleswig-Holsteins gilt nichts in Bonn. Dafür ist dieser Fall ein erneut s böses Exempel.

Seit 1952 war es für die Bundesregierung und die beteiligten Ministerien klar, was mit der Aufrüstung der Bundesrepublik auf sie zukommen würde. Und obwohl die Länder in berechtigter Sorge vor dem Kommenden immer wieder die rechtzeitige Vorlage von entsprechenden Richtlinien für den Fall der Kasernenräumung für die deutsche Truppenaufstellung gefordert hatten, geschah seitens des Bundesfinanzministeriums bis zum Richtlinienentwurf vom 12. März d.J. nichts. In dieser Zeit spielten sich dann die bekannten Kündigungsvorgänge ab, bei denen z.T. formularmäßig die kurzfristige, besenreine Übergabe der Mieträume einschliesslich selbstbeschaffter Schlüssel gefordert wurde; ohne Hinweis, dass die Kündigung nur vorsorglich erfolge, dass über den Zeitpunkt der

Räumung verhandelt werden könne; ohne Hinweis auf Entschädigungsleistungen, auf irgendwelche Hilfsbereitschaft; nur mit der nackten, brutal wirkenden Forderung: Raus!

Einen solchen OS/15-Stil im Verkehr des Staates mit seinen Bürgern, ein so übles Stück der Vergangenheit hat wohl - trotz mancher persönlicher Erfahrung - niemand in der Bundesrepublik mehr für möglich gehalten.

Einer der wesentlichsten Mängel des Entwurfs vom 12. März, nach dem aber sofort verfahren werden sollte (!), besteht darin, dass er eine Entschädigung im Räumungsfalle nur für solche Gewerbebetriebe vorsieht, bei denen die Kündigungsfrist noch nicht abgelaufen ist. Das heisst, alle anderen haben zu sehen, wie sie mit der Lage fertig werden.

Das Bundesfinanzministerium hat damit - im Gegensatz zu der Kasernenräumung zugunsten der Alliierten 1951/52 im Zusammenhang mit der Korea-Krise - einen sturen Vermieter-Standpunkt eingenommen, der - von Moralischen und von der staatlichen Verantwortung ganz abgesehen - auch rechtlich einfach unhaltbar ist.

Es versucht hier nämlich wider besseres Wissen eine Situation auszunutzen, die nur auf den seinerzeitigen Druck der Besatzungsmächte zurückzuführen ist.

Diese hatten, als sie z.Bt. ihr Einverständnis zur wirtschaftlichen Nutzung und Vermietung der ehemaligen Kasernen und Wehrmachtsliegenschaften erteilten, von den deutschen Stellen verlangt, dass in die Mietverträge mit den deutschen Mietern - für ihre Zwecke - Kündigungsvorbehalte aufgenommen wurden. Für die deutsche Vermietersseite waren diese Vorbehalte nur formal. Es bestand hierüber unter den deutschen Vertragspartnern damals nicht der geringste Zweifel. Das Bundesfinanzministerium ist auf diesen Sachverhalt u.a. durch ein Schreiben des Bundesvertriebenenenministeriums vom 26. April d.J. ausdrücklich hingewiesen worden. Trotzdem hat es sich diesen Tatbestand zunutze gemacht.

Im Gegenentwurf des Landes Schleswig-Holstein vom 25. April war bei Wohnungen gefordert: "Die notwendigen Inzugskosten werden erstattet", ferner allgemein: "Entschädigungen werden gewährt für 1. Räumungskosten (nach einem detaillierten Katalog), 2. Investitionen, 3. Produktionsausfall, 4. sonstige Kosten wie Trennungsentzündungen, Loknerstattung

gen für unentbehrliche Stammkräfte u.a.". Die jetzigen Richtlinien des Bundes enthalten von alledem nichts. Sie sehen stattdessen lediglich eine Ermassensregelung, eine Kannvorschrift in Gestalt einer Härteklausei vor.

Unter dem 4. Mai d.J. hatte daruñ die sozialdemokratische Bundestagsfraktion auf Initiative der sieben sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten aus Schleswig-Holstein im Bundestag einen Antrag -Drucksache 2357 - eingebracht, durch den das Vorgehen der Bundesregierung in der Frage der Kasernenräumungen im Bundestag aufgerollt werden sollte. Dieser Antrag stand schliesslich auf der Tagesordnung der letzten Plenarsitzung am 6. Juli. Er ist infolge der von der Bundesregierung und der CDU/CSU noch vor den Parlamentsferien erzwungenen Wehrpflichtdebatte zusammen mit 14 anderen Tagesordnungspunkten nicht mehr zur Behandlung gekommen.

Seine Erörterung hätte einen aufschlussreichen Kommentar zu der Wehrdebatte und zu der Art und dem Geist gebildet, in denen die Bundesregierung bereits in ^{ersten} Stadium der Truppenaufstellung die Sicherung der zivilen Interessen behandelt und - wie die Dinge zeigen - offenbar weiter zu behandeln beabsichtigt.

Denn alle erbitterten Proteste, Landtagsdebatten und Ministerbesprechungen haben nicht vermocht, das Bundesfinanzministerium von seinem sturen Standpunkt abzubringen. Der von allen verurteilte Richtlinienentwurf vom 12. März ist praktisch unverändert geblieben. Man hat ihn kaum an einzelnen Stellen übergepinselt.

Die Quintessenz bleibt: Keine Anerkennung des Anspruches auf Entschädigungen, keine Verbesserung der materiellen Leistungen, keine ernsthafte Erweiterung der Zuständigkeit auf Landesebene!

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau